Vom radikal-pragmatischen Spagat

Autor(en): **Bosshard, Peter**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **75 (1997)**

Heft 4

PDF erstellt am: **24.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-341352

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Vom radikal-pragmatischen Spagat

Zu Beginn der 80er Jahre war Greenpeace Schweiz noch weitgehend unbekannt. Heute zählt die Organisation dreimal mehr Mitglieder als die SP Schweiz. Diese Gewichtsverschiebung drückt einen enormen politischen Bedeutungsgewinn der sogenannten Nicht-Regierungs-Organisationen (oder kurz NGOs) aus. Sie hat verschiedene Ursachen: Ideologisch definierte Organisationen – politische Parteien und Befreiungsbewegungen – sowie der

Peter Bosshard

Staat haben als Hoffnungsträger für den gesellschaftlichen Fortschritt weitgehend abgedankt. Regierungen mussten anerkennen, dass die Kritiken von Umwelt-, Entwicklungs- oder Menschenrechtsorganisationen oft berechtigt sind. Das Ende des kalten Kriegs erschwerte es ihnen zusätzlich, die NGOs als vermeintliche Staatsfeinde vom Informationszugang und von den politischen Entscheidungsprozessen auszuschliessen. Die grossen UNO-Konferenzen der 90er Jahren (zur Umwelt, der Bevölkerungspolitik, den Menschenrechten, zu den Frauen, der Armut oder der Welternährung) werteten die Rolle nichtstaatlicher Organisationen bei der Lösung von gesellschaftlichen Problemen weiter auf. Schliesslich machten sich die NGOs die rasanten Fortschritte der Informationstechnologien zunutze, um sich informell weltweit zu vernetzen. Sie können damit ein kleines Gegengewicht zu den multinationalen Konzernen bilden.

Für eine Entwicklungsorganisation wie die Erklärung von Bern (EvB) ist dieser Bedeutungsgewinn zunächst erfreulich. Allerdings sind die damit verknüpften Erwartungen häufig unrealistisch. Zahlreiche Aufgaben des Staats oder der Parteien mit ihrem umfassenden politischen Programm werden die NGOs nie übernehmen können. Die Frage nach dem Verhältnis der NGOs zur Radikalität scheint ebenfalls überhöhte Erwartungen auszudrücken. Regierungsunabhängige Organisationen werden gelegentlich als letzter Hort der unkorrumpierten Gewissen, der reinen und radikalen Lehre betrachtet. Einer solchen Betrachtungsweise hängen NGOs manchmal auch selbst an. Dennoch ist sie verfehlt. Nichtstaatliche Organisationen sind nicht davor gefeit, Eigeninteressen zu verfolgen. Und ihre Handlungsspielräume werden von den Sachzwängen des gleichen politischen Systems eingeschränkt, in dem die Parteien und politischen Bewegungen funktionieren.

Nun denn: Wie halten es Nicht-Regierungs-Organisationen mit der Radikalität? Auf diese Frage gibt es mehr als eine Antwort. NGOs decken in der Schweiz ein breites thematisches und politisches Spektrum ab, das vom Abstinenz-Bund bis zur Zentralamerika-Solidarität reicht. Wenn die Rote Revue die Frage an die Erklärung von Bern stellt, so richtet sie sie an eine themenorientierte, professionalisierte Interessensgruppe, die international vernetzt ist. Für diesen Typ der NGOs versuche ich, aus subjektiver Warte die Frage nach der Radikalität zu beantworten.

Druck der Machtverhältnisse

Im Unterschied zu vielen Hilfswerken oder sozialen Organisationen sind die EvB, Greenpeace, Amnesty International oder die Aktion Finanzplatz unabhängig von staatlichen Geldern. Sie müssen auch keine Rücksichten auf Mitglieder nehmen, die staatliche Ämter bekleiden. Sie werden von einer Mitgliederbasis getragen, die ihre Aktivitäten grundsätzlich unterstützt. Damit sind sie im Prinzip frei in der Wahl ihrer Strategien und Positionen. Dies ist eine komfortable Ausgangslage und ein grosser Vorteil. Sie erlaubt es den NGOs grundsätzlich, unabhängig von staatlichen Kontrollen oder der Wählergunst radikale Lösungen zu vertreten, an die Wurzeln der Probleme zu rühren. Die EvB kann beispielsweise die ungleiche Verteilung von Macht und Einkommen thematisieren, auch wenn die entwicklungspolitische Diskussion sonst immer mehr von einem technokratischen, unpolitischen Jargon vernebelt wird.

Allerdings: Auch bei Parteien oder anderen Organisationen sind es nicht einfach die staatlichen Gelder oder der Druck der Wählerschaft, die den Hang zur Radikalität unterbinden. Wer auf absehbare Zeit konkrete Veränderungen erreichen will, wird durch die Mehrheitsverhältnisse im Land immer wieder zu Kompromissen gedrängt. Radikale Analysen, Aktionen und Forderungen können Bewusstseinsprozesse auslösen und damit im guten Fall längerfristig die Mehrheitverhältnisse verändern. Um kurzfristig konkrete Erfolge zu erzielen, ist hingegen die Bereitschaft nötig, erste Schritte und Teillösungen zu akzeptieren.

Die Erklärung von Bern vertritt kein radikales gesellschaftspolitisches Programm. Ihre Zielsetzung ist radikal in der Parteinahme für die Armen und Benachteiligten der Welt. Programmatisch geht sie keine Kompromisse – etwa für den Wohlstand oder Wirtschaftsinteressen in der Schweiz – ein. Der Slogan «Jute statt Plastik» machte die EvB in den 70er Jahren bekannt. Er war in seiner Schlichtheit radikal und hat viele Leute für entwicklungspolitische Probleme sensibilisiert. Über die Bewusstseinsveränderung hinaus lassen sich mit einer solchen Forderung jedoch keine konkreten Verbesserungen erzielen. Bei der politischen Umsetzung geht es um prosaische Anliegen wie Arbeitsstandards, Zollpräferenzen, Herkunftsdeklarationen. Hier zwingen die Mehrheitsverhältnisse immer wieder Kompromisse auf. Diese beinhalten zwangsläufig einen teilweisen Erfolg und einen teilweisen Verzicht auf die Durchsetzung der eigenen Anliegen.

Einen Königsweg zwischen radikalen Analysen und pragmatischen Zugeständnissen gibt es nicht.

Kein Königsweg

Einen Königsweg aus dem Dilemma zwischen radikalen Analysen und pragmatischen Zugeständnissen gibt es nicht. In vielen politischen Bereichen besteht eine Art informeller Arbeitsteilung. Die einen Organisationen vertreten radikal bestimmte Anliegen (bezüglich des Aktionsstils beispielsweise Greenpeace), die anderen nützen den entstandenen Handlungsspielraum für pragmatische Lösungen aus (beispielsweise der WWF). Die Erklärung von Bern versucht, den Anspruch auf radikale Analysen und die Kompromissbereitschaft im politischen Alltag zu kombinieren. Ein solcher Spagat ist mit verschiedenen Schwierigkeiten verbunden:

* Pragmatische Forderungen bilden oftmals erste Schritte hin zu grundsätzlichen Lösungen. Sie brauchen nicht im Widerspruch zu diesen zu stehen. Wer die weltweite Vermögenskonzentration und die Rolle der Schweiz als Fluchtgeldhort ablehnt, kann sich problemlos für kleine Schritte zur Verbesserung der Rechtshilfe

bei Vermögensdelikten einsetzen. In anderen Fällen stehen die pragmatischen Lösungsschritte scheinbar oder tatsächlich im Widerspruch zu den grundsätzlichen Anliegen. Kann die Finanzierung und den Beitritt zu IWF und Weltbank unterstützen, wer grundsätzlich eine Demokratisierung der internationalen Finanzbeziehungen fordert? Kann eine Halbierung der Armeeausgaben festschreiben, wer sich für eine Schweiz ohne Armee einsetzt? Solche Fragestellungen überfordern den radikal-pragmatischen Spagat, so sinnvoll dieser grundsätzlich sein mag. Der Beitritt zum IWF führte deshalb innerhalb der entwicklungspolitischen Szene der Schweiz und selbst innerhalb der EvB und anderer Organisationen zu einem zeitweiligen Bruch.

* Politische Bewegungen kommen ohne Professionalisierung aus. Doch NGOs sind Institutionen, nicht Bewegungen (selbst wenn sie möglicherweise von Bewegungen getragen werden). Einem gelegentlichen Mangel an Spontaneität und Basisnähe stehen die Vorteile der Kompetenz und längerfristigen Verlässlichkeit gegenüber. Doch solch kontinuierliche, verlässliche Arbeit erfordert einen hohen Grad an Professionalität. Ihr tägliches Engagement macht solche NGOs immer wieder mit den momentanen Sachzwängen der Mehrheitsverhältnisse und mit dem Personal von Bundesverwaltung, Parlament und Wirtschaftskreisen vertraut. Es braucht eine grosse geistige Unabhängigkeit, um Sachzwänge nicht als unverrückbar zu akzeptieren, um in der politischen Kleinarbeit den Mut zur längerfristigen Vision nicht zu verlieren. (Zumindest in meiner eigenen politischen Umgebung scheint mir, dass Männer Chancen zur Durchsetzung von Lösungsschritten tendenziell besser wahrnehmen, während Frauen im politischen Alltagstrott geistig eher unabhängiger bleiben. Was damit zusammenhängen mag, dass das bestehende System hauptsächlich von Männern definiert wird.)

* Kompromisse beinhalten einen teilweisen Verzicht auf die Durchsetzung der eigenen Anliegen. Wer keine Kompromisse eingeht, macht sich in diesem Sinn die Finger nicht schmutzig. Eine solche Radikalität muss nicht, kann aber Ausdruck einer bequemen Haltung sein. Denn wer aus einer Minderheitsposition politisiert, kann das eigene Scheitern immer mit der Übermacht der Gegenseite oder mit dem Verrat möglicher Verbündeter erklären. Zudem bewahren einen Niederlagen davor, die Konsequenzen der vertretenen Forderungen zu überprüfen und dafür gerade stehen zu müssen. Wer an radikalen Positionen festhält, sollte sich der Versuchung einer solchen Bequemlichkeit bewusst sein. Wer radikal politisiert, muss eigene Niederlagen immer wieder selbstkritisch analysieren. Zudem können sowohl kompromissbereite als auch radikale Positionen von den Eigeninteressen der Organisation (an Spenden, Publizität oder Pöstchen) bestimmt werden. Auch hier ist Selbstkritik am Platz.

* Wie erwähnt besteht zwischen der Radikalität der Analyse und dem Anspruch, konkrete Veränderungen zu erzielen, oft ein echtes Dilemma. Einen a priori richtigen Ausweg aus diesem Dilemma gibt es nicht. Diese Erkenntnis ruft nach Toleranz im Verhältnis zu unterschiedlichen politischen Strategien. Was uns nicht hindern muss, uns gelegentlich über ein denkfaules Akzeptieren der bestehenden Verhältnisse oder einen Kurs, der hauptsächlich Eigeninteressen dient, zu ärgern.

Peter Bosshard ist Mitarbeiter der Erklärung von Bern. 1988-1994 präsidierte er die entwicklungspolitische Kommission der SP Schweiz. Adresse: EvB, Postfach 1327, 8031 Zürich.